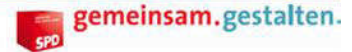



KARIN EVERS-MEYER

FRIESLAND. WITTMUND. WILHELMSHAVEN.


Januar 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Leserinnen und Leser,
 liebe Freunde,

für mich als Verteidigungspolitikerin hat das neue Jahr turbulent begonnen. Die vom Wehrbeauftragten aufgedeckten Missstände bei der Bundeswehr haben gezeigt, dass der Verteidigungsminister ein Führungsproblem hat. Er war offensichtlich nicht oder nur unzureichend über die Fälle informiert, über die die Republik seit zwei Wochen spricht. Dabei geht es gar nicht so sehr darum, wie schwer jeder einzelne Fall wiegt. Es geht darum, dass ein Minister das Parlament und die Öffentlichkeit über solche Fälle schnell und umfassend informiert. Mindestens genauso

schwer wiegt, dass er erst auf großen öffentlichen Druck reagiert und die Aufklärung vorantreibt. Alles andere führt zu Spekulationen, die am Ende der Bundeswehr schaden.

Das Verhalten des Ministers zu Guttenberg war auch deswegen ärgerlich, weil es mit der Abstimmung über die Mandatsverlängerung für Afghanistan zusammenfällt. Wir machen uns diese Entscheidung nie leicht und besonders in diesem Jahr wäre es wichtig gewesen, dass der Minister im Parlament Vertrauen für das neue Afghanistan-Mandat schafft. Wir haben dem Mandat dennoch zugestimmt. Nicht zuletzt, weil darin sehr viele Forderungen der SPD aufgenommen wurden. Angefangen beim Beginn des Abzugs in diesem Jahr.

Ein weiteres wichtiges Thema, das in diesem Halbjahr auf uns zukommt, ist die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Ab Mai 2011 werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Mittel- und Osteuropa ohne Einschränkungen in Deutschland arbeiten können. Wir müssen jetzt die richtigen Voraussetzungen dafür schaffen, dass es dabei nicht zu einem Lohn- und Preiswettbewerb nach unten kommt. Zum Beispiel mit einem allgemeinen Mindestlohn und allgemein gültigen Anforderungen an soziale und ökologische Standards. Wir haben dazu einen Antrag in den Bundestag eingebracht, jetzt muss sich die Regierung bewegen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihre

Inhalt

Wirbel um die Bundeswehr	Seite 2	Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai: Voraussetzungen schaffen	Seite 4
Afghanistan-Mandat um ein Jahr verlängert	Seite 3	Mehr Fernverbindungen ab Oldenburg/Bremen gefordert	Seite 5
Mehrgenerationenhäuser weiterentwickeln	Seite 3		

Wirbel um die Bundeswehr

Der nach wie vor desolate Zustand der Regierung wird inzwischen auch durch die Fehlleistungen zu Guttenbergs verursacht. Ob es der Todessturz einer Kadettin aus der Takelage der „Gorch Fock“ im November 2010, der Tod eines Hauptgefreiten in Afghanistan durch einen Kopfschuss aus der Pistole eines Kameraden im Dezember, geöffnete Feldpostbriefe von Soldatinnen und Soldaten oder der Umbau der Bundeswehr ist – der öffentlich zelebrierte Aktionismus des CSU-Verteidigungsministers wirft immer mehr Fragen auf. Denn immer wieder geht er einher mit falschen, unvollständigen oder irreführenden Informationen vor dem Parlament. Immer wieder ist zu Guttenberg voreilig, immer wieder verwickelt er sich selbst und sein Ministerium in Widersprüche und sucht dann die Flucht nach vorn mit abrupten, mangelhaft begründeten Wendemanövern und Bauernopfern.

Als vor Weihnachten, am 17. Dezember, ein Soldat in Afghanistan zu Tode kam und am Tag darauf Bundeskanzlerin Merkel und Verteidigungsminister zu

Guttenberg die Bundeswehr in Kundus besuchten, ließ die Bundesregierung den Eindruck zu, es handle sich um einen selbstverschuldeten Unfall. Die Bundestagsabgeordneten bekamen im Dezember die Auskunft, ein Soldat sei tot „aufgefunden“ worden mit einem Kopfschuss, der sich beim Waffenreinigen gelöst habe. Heute wissen wir, dass dies eine eklatante Fehlinformation war. Schon bei der Unterrichtung im Dezember lag ein Feldjägerbericht vor, der zu einem alarmierenden Ergebnis kommt: Der Soldat starb durch den Schuss eines Kameraden, wahrscheinlich beim Spielen mit der Waffe. Mehrere Soldaten waren Zeugen des Vorfalls. Kannte der Minister diesen Bericht im Dezember? Übersah er die Tragweite? Und wenn dem so ist, warum wurden Bundestag und Öffentlichkeit mit irreführenden Auskünften abgespeist? Noch am Mittwoch vergangener Woche konnte der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium dem Bundestag dazu keine klare Aussage machen.

Es ist kein Einzelfall. Am vergangenen Freitag verkündete zu Guttenberg vom Rednerpult des Bundestages zu den Vorgängen auf der Gorch Fock: Man müsse

zuerst aufklären, dann bewerten und schließlich die Konsequenzen ziehen. Es dürfe keine Vorverurteilungen aufgrund irgendwelcher Mutmaßungen geben. Nur Stunden später am selben Tag fiel der plötzliche Beschluss, den Kommandanten der Gorch Fock von seiner Aufgabe zu entbinden. Dieses Muster wiederholt sich. Schon bei der ebenso plötzlichen Entlassung von Generalinspekteur Schneiderhan und Staatssekretär Wichert im Zuge der Kundus-Affäre schob zu Guttenberg Untergebenen die Schuld zu, als er selbst unter Druck geriet. Wir sehen einen getriebenen, einen nervösen, einen kaum berechenbaren Minister, der, wie der ehemalige Generalinspekteur Harald Kujat sagt, gegen die Prinzipien der Inneren Führung verstößt, wonach Beschuldigte erst anzuhören sind, bevor man Entscheidungen fällt. Ein Minister, der nicht in der Sache urteilt, sondern aus Furcht vor seinem persönlichen Imageschaden reagiert.

Der Bundesregierung muss bewusst sein, dass zu Guttenberg nicht dazu beiträgt, eine stetige und Vertrauen schaffende Politik zu entwickeln. Das zeigt nicht zuletzt der chaotische Verlauf

der Bundeswehrreform und der unseriöse Umgang mit der Frage der Finanzierung der Bundeswehr. Die Zukunft der Bundeswehrstandorte ist völlig offen und ungewiss. Die Reform wurde erst mit einem Sparbeitrag von 8,3 Milliarden Euro begründet. Dann hat der Minister wissen lassen, dass mit einem Umfang von 180.000 Soldaten dieser Sparbeitrag, für den er sich selbst in höchsten Tönen gelobt hatte, nicht zu erbringen sei – um nebenbei nachzuschieben, dass auch mit dem Minimalumfang von 160.000 Soldaten die Einsparungen nicht zu schaffen gewesen wären. Inzwischen will zu Gutenberg gar nicht mehr sparen und fordert jetzt sogar laut Medienberichten bis zu 1,2 Milliarden Euro mehr, um die Reform umzusetzen. Dieser CSU-Verteidigungsminister verunsichert die Bürger ebenso wie die Truppe und befremdet das Parlament durch hochfahrende Kaltschnäuzigkeit, durch widersprüchliche Aussagen und durch plötzliche Kurswechsel. Dieses Verhalten schadet der Konsensbildung in den äußerst sensiblen Fragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Afghanistan-Mandat um ein Jahr verlängert

Am Freitag hat der Deutsche Bundestag den Bundeswehreininsatz in Afghanistan um ein weiteres Jahr verlängert. Das neue Mandat verwirklicht den von uns seit 2009 entwickelten Strategiewechsel in Afghanistan. Es ist der Einstieg in den mit unseren internationalen Bündnispartnern abgestimmten Ausstieg aus der Mission bis 2014. Der soll mit dem Truppenrückzug in diesem Jahr beginnen.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Bundesregierung im vorliegenden Mandat nicht nur die Zuversicht äußert, noch im Jahr 2011 mit dem Rückzug des deutschen ISAF-Kontingents zu beginnen. Sie verpflichtet sich auch, „jeden sicherheitspolitischen Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung“ zu nutzen. Das entspricht den aktuellen NATO-Plänen. Um es klar zu sagen: Die Bundesregierung muss liefern. Wenn der Rückzug nicht in 2011 beginnt, kann die Bundesregierung nicht mehr mit unserer Zustimmung zu einer weiteren deutschen Beteiligung an ISAF rechnen.

Mehrgenerationenhäuser erhalten und weiterentwickeln

Rund 500 Mehrgenerationenhäuser gibt es inzwischen in Deutschland. Nach den Sparplänen der Regierung sind sie ernsthaft gefährdet. Deswegen haben wir in einem Antrag den Erhalt der Mehrgenerationenhäuser gefordert. Wir haben in der Bundesregierung 2006 das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser gestartet. Für junge Familien, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund sowie ältere Menschen haben sich die Häuser als wichtige Anlaufstellen für soziale Dienstleistungen etabliert. Grundgedanke des Aktionsprogramms war und ist es, das Miteinander mehrerer Generationen unter einem Dach zu fördern. Es bietet Menschen jeden Alters Raum für Kontakte und Erfahrungsaustausch und fördert das bürgerschaftliche Engagement. Ab 2011 läuft planmäßig der jährliche Bundeszuschuss an die Mehrgenerationenhäuser aus. Aus diesem Grund sehen sich viele Träger von Mehrgenerationenhäusern finanziellen Schwierigkeiten gegenüber, der Fortbestand vieler Mehrgenerationenhäuser ist in-

folgedessen gefährdet. Ein neues Konzept für ein Anschlussprogramm ist überfällig. Bundesfamilienministerin Schröder ist es trotz großer Ankündigungen bislang schuldig geblieben. Wir fordern daher von der Regierung, umgehend eine Übergangsregelung für die Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser vorzulegen.

Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai: Voraussetzungen schaffen

Deutschland hat 2004 für die neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländer der EU Übergangsfristen für die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit vereinbart. Übergangsfristen gibt es auch für die Dienstleistungsfreiheit in bestimmten Branchen, wie z. B. dem Bau- und Reinigungsgewerbe. Für acht dieser Länder, darunter Polen, Tschechien und die Slowakei, enden diese Befristungen zum 30. April 2011. Bürgerinnen und Bürger aus den neuen osteuropäischen Staaten können dann in Deutschland eine abhängige Beschäftigung aufnehmen, eine Dienstleistung erbringen oder sich selbstständig machen. Das

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Bei Gerechtigkeit mangelhaft
Defizite bei Bildungszugang, Arbeitsmarkt, sozialer Zusammenhalt, Gleichheit Generationengerechtigkeit und Armutsvermeidung
Erreichter Rang der OECD-Länder und Punktwert*



Land	Punktwert
Island	8,54
Schweden	8,41
Dänemark	8,36
Norwegen	8,05
Finnland	7,94
Niederlande	7,54
Schweiz	7,33
Frankreich	7,24
Österreich	7,24
Neuseeland	7,20
Kanada	7,14
Großbritannien	7,14
Tschechien	7,08
Luxemburg	6,89
Deutschland	6,55
OECD-Durchschnitt	6,55
USA	5,56
Südkorea	5,53
Irland	5,35
Chile	5,29
Mexiko	5,05
Griechenland	5,03
Türkei	3,85

*Je höher der Wert auf der Skala von 1 bis 10, desto höher die Gerechtigkeitsdimension; untersucht wurden 31 der 34 OECD-Mitgliedsstaaten (ohne Estland, Israel und Slowenien).
Quelle: Bertelsmann Stiftung (2011)

Trotz Aufschwung schneidet Deutschland bei den Zukunftschancen der Menschen nur mittelmäßig ab. Defizite gibt es bei der Langzeitarbeitslosigkeit, bei der Lohnentwicklung, bei Bildung und Kinderarmut. Das sind Ergebnisse einer Studie der Bertelsmann Stiftung. Mit Platz 15 liegt die Bundesrepublik demnach unter den 31 untersuchten Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nur im Mittelfeld. Angeführt wird der „Gerechtigkeitsindex“ von den nordeuropäischen Staaten Island, Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland. Ein nachhaltiger Aufschwung, der die Mitte der Gesellschaft stärkt und die Chancen aller deutlich verbessert, erfordert größere Anstrengungen für eine gerechte Lastenverteilung, eine bessere Bildungsbeteiligung und Integration in den Arbeitsmarkt.

© Planungsgruppe

kann ohne begleitende Schutzmaßnahmen zu Lohndumping und schlechteren Arbeitsbedingungen führen. Deswegen brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn für die Bereiche, die keinen eigenen Mindestlohn haben. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte sind gefordert, sich auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Osteuropa

einzustellen. Wichtig ist es z. B., sie über ihre Rechte zu informieren und ihnen auch den Zugang zu gewerkschaftlichen Leistungen in Deutschland zu gewähren. Für alle muss bei Beschäftigung in Deutschland gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Wir haben mit unserem Antrag „Faire Mobilität und soziale Sicherung – Vorausset-

zungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 schaffen“ einen umfangreichen Forderungskatalog vorgelegt. Aber auch die öffentliche Hand muss sich auf die neue Situation einstellen. Im Vergaberecht müssen ökologische und soziale Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge klarer gefasst werden. Zudem müssen eine Lohnuntergrenze und Tariftreue Voraussetzungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge sein.

Mehr Fernverbindungen ab Oldenburg/Bremen gefordert

Was sich die Bahn zurzeit bei der Verbindung zwischen Oldenburg und Hannover leistet, ist ein starkes Stück. Zwei ICE-Verbindungen Richtung Hannover und drei zurück sind ganz klar zu wenig. Da muss die Bahn nachbessern. Die Bahn hat angekündigt, bis Ende April 2011 zahlreiche Fernverkehrsverbindungen von Oldenburg/Bremen Richtung Hannover zu streichen. Grund dafür seien dringend notwendige Gleisarbeiten, so die Bahn.

Natürlich müssen die Arbeiten gemacht werden. Aber mit diesem Baustellen-Fahrplan wird es

ganz erheblich schwieriger, vom Nordwesten in den Rest der Republik zu kommen. Das führt zu deutlich längeren Fahrtzeiten für alle, die Richtung Hannover und weiter fahren wollen. Ich werde gemeinsam mit der Landesgruppe der niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten für die Bauzeit mehr schnelle Fernverkehrsverbindungen für die Region einfordern. Notfalls muss die Bahn ihre Bauarbeiten eben strecken. Mit diesem Minimalangebot geht es jedenfalls nicht. Unzufrieden bin ich auch mit der Qualität der Ersatzzüge. Es ist nicht gerade kundenfreundlich, dass für die Bauzeit auf der Strecke nur die jahrzehntealten IC-Züge eingesetzt werden. So lassen sich bestimmt nicht mehr Fahrgäste zum Umsteigen auf die Schiene bewegen.

Wir brauchen in der Region unbedingt eine gute Anbindung an das Fernverkehrsnetz. Das ist wichtig für die Lebensqualität hier. Und es ist von enormer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region, vor allem für den Tourismus. Ich hoffe, dass die Bahn die Bauphase nicht als Testlauf für spätere endgültige Streichungen ansieht. In der Vergangenheit hat es immer wieder Gerüchte gegeben, dass

die Bahn ihr Fernverkehrsangebot von und nach Oldenburg deutlich verringern wollte. Das hatte zu heftigen Protesten von Politik und Wirtschaft im Nordwesten geführt.

Bericht aus Berlin
Herausgegeben von MdB Karin Evers-Meyer

Kontakt:
Sebastian Franke
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227-77785
Fax: 030/227-76785
www.evers-meyer.de